

**Fragestunde
gemäß § 48 der Geschäftsordnung
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 14.02.2019**

Alte Fragen:

<p>Nr. 125</p>	<p>Dennis Volk-Borowski SPD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Um zu den Sportanlagen auf der gegenüberliegenden Seite zu gelangen, sowie auf dem Schulweg sicher den Konrad-Adenauer-Ring überqueren zu können, nutzen die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Mosbacher-Berg die neben dem Eingang der Schule gelegene Unterführung. Die erfolgte Verbesserung des Zustandes der Unterführung im Rahmen einer Projektwoche hatte nicht lange Bestand. Mittlerweile ist die Unterführung durch Farbschmierereien an den Lampen schlecht beleuchtet und erweckt insgesamt einen unsauberen Eindruck.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wer ist für die Reinigung der genannten Unterführung zuständig? 2. Wie häufig wird die genannte Unterführung gereinigt? 3. Zu welchem Zeitpunkt sind eine turnusgemäße Wiederherstellung der Beleuchtung, sowie notwendige Schönheitsreparaturen vorgesehen?
<p>Nr. 165</p>	<p>Gabriele Enders FDP</p> <p>Dez. II z.w.V.</p>	<p>Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Haushalt 2018/19 die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Bereich der Wirtschaftsförderung beschlossen. Bezugnehmend darauf, hat die Stadtverordnetenversammlung - der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung folgend (Beschluss 0030 vom 24.04.2018) - am 03.05.2018 den Magistrat gebeten, unter Berücksichtigung der Arbeitsschwerpunkte „Ansiedlung“, „Gründungen/StartUps“, „Gewerbeflächenmanagement“, und „Fördermittel“, ein Konzept zur Ausgestaltung der oben genannten zusätzlichen Stelle vorzulegen (Beschluss 0121 vom 03.05.2018). Mittlerweile wurde der Haushalt 2018/19 durch die Aufsichtsbehörde genehmigt.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Ausarbeitung des Konzeptes? 2. Wann ist mit der Besetzung der Stelle zu rechnen?

<p>Nr. 166</p>	<p>Fredy Mensching FDP</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In Frankfurt kooperiert die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG mit dem Discounter LIDL bei der Schaffung von neuem Wohnraum im unmittelbaren Umfeld neuer beziehungsweise renovierter Filialen. Dabei sollen sowohl auf dem Supermarkt als auch in einem anschließenden Gebäude neue Wohnungen entstehen. Auch in Berlin sollen Filialen des Discounters ALDI mit Wohnungen ergänzt werden. Laut Bericht der Frankfurter Rundschau vom 8. März 2018 sucht das LIDL-Immobilienbüro Rhein-Main weitere Möglichkeiten für solchen Wohnbau auch in Mainz oder Wiesbaden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gab es in dieser Sache bereits eine Kontaktaufnahme des LIDL-Immobilienbüros (oder anderer Supermärkte) zur Landeshauptstadt Wiesbaden und wenn ja, mit welchem Ergebnis? 2. Wie bewertet der Magistrat - vor dem Hintergrund fehlenden Wohnraums - solche Kooperationen? 3. Gibt es Planungen von Seiten des Magistrates solche Kooperationen mit potentiellen Partnern einzugehen?
<p>Nr. 186</p>	<p>Lucas Schwalbach FDP</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>Laut Presseberichterstattung wurde die Abstimmung über den Teilregionalplan für erneuerbare Energien in Südhessen verschoben, weil insbesondere Stellungnahmen der LHW nicht vollständig wiedergegeben wurden.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Ob er Kenntnis über eine unvollständige oder unrichtige Wiedergabe von Stellungnahmen Wiesbadener Ämter im Rahmen des Teilregionalplans Erneuerbare Energien Südhessen hat. 2) Sofern dem Magistrat unrichtige oder unvollständige Wiedergaben bekannt sind, wie er hiervon durch offizielle Stellen in Kenntnis gesetzt wurde und wie der Magistrat gedenkt sicherzustellen, dass vor der Beschlussfassung die Stellungnahmen Berücksichtigung finden. 3) Sofern dem Magistrat unrichtige oder unvollständige Wiedergaben bekannt sind, ob diese sich auf das laufende Verfahren der ESWE Taunuswind GmbH oder auf Vorhaben dritter Bauträger auswirken.

<p>Nr. 171</p>	<p>Brigitte Forßbohm L&P</p> <p>Dez. VI z.w.V.</p>	<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie hoch ist der Betrag, den die LH Wiesbaden für laufende Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Leistungen nach SGB II bzw. XII aufgebracht hat in den Jahren 2015, 2016, 2017?</p> <p>Wie hoch ist der Betrag, den die LH Wiesbaden für den Bezug an Wohngeld aufgebracht hat in den Jahren 2015, 2016, 2017?</p>
<p>Nr. 183</p>	<p>H.-J. Hasemann-Trutzel CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Durch verkehrliche Maßnahmen (Einrichtung von Fahrrad-/Busspuren, Fahrradabstellanlagen, Umbau von Bushaltestellen etc.) sind in den vergangenen Monaten Kfz-Stellplätze weggefallen. Weitere derartige Maßnahmen sind zu erwarten bzw. beschlossen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie viele Stellplätze sind seit März 2018, insbesondere in den Innenstadtbezirken, weggefallen und wie viele werden bis Ende 2020 noch wegfallen? 2. Für wie viele dieser Stellplätze wurde/wird wo Ersatz geschaffen? 3. Welche Maßnahmen zur ortsnahen Ersetzung weggefallener Stellplätze (z.B. Bau von Parkhäusern, Quartiersgaragen etc.) sind wo, bis wann und mit welchen Stellplatzkapazitäten geplant bzw. werden durchgeführt? 4. Wo genau und zu welchen Konditionen besteht bereits die Möglichkeit des öffentlichen Parkens auf Flächen von Supermärkten, Einzelhändlern oder Praxen? 5. Geht der Magistrat davon aus, dass durch den Wegfall von Stellplätzen die Anzahl der in Wiesbaden zugelassenen Kfz sinkt? Wenn ja, warum?
<p>Nr. 185</p>	<p>Thomas Preinl LKR&ULW</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Gutachten der Rechtsanwälte Andreä und Partner</p> <p>Hintergrund: In der Sondersitzung des Revisionsausschusses bezog sich Herr Gerich bei der Nicht-Beantwortung vieler Fragen immer wieder auf ein Rechtsgutachten der Anwälte Andreä und Partner.</p> <p>Hierzu frage ich den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Wer hat dieses Gutachten wann in Auftrag gegeben? 2) Was war der konkrete Anlass für die Beauftragung? 3) Setzt sich das Gutachten mit einer dienstlichen oder privaten Angelegenheit auseinander?

		<p>4) Wieviel hat das Rechts-Gutachten gekostet?</p> <p>5) Wer hat es bezahlt?</p> <p>6) Welche darüber hinaus gehenden Kosten für Leistungen der Kanzlei Andreä und Partner sind im Rahmen des Gutachtens angefallen und wer hat sie bezahlt?</p>
--	--	--

Neue Fragen:

<p>Nr. 178</p>	<p>Dr. Klaus Lork AfD</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Im Wiesbadener Kurier vom 24.01.2019 wird im Zusammenhang mit der Berichterstattung über eine Ortsbeiratsdebatte zum Thema Elektromobilität im Stadtteil Kastel ein „Ladestationenprogramm“ für das gesamte Stadtgebiet Wiesbaden angesprochen, für das Geld zur Verfügung stünde.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was beinhaltet dieses Ladestationenprogramm im Detail? 2. Welche Finanzmittel stehen dafür von Bund, Land und/oder Kommune zur Verfügung? 3. In welchem Zeitrahmen soll das Ladestationenprogramm umgesetzt werden? 4. Wie viele normale Parkplätze werden insgesamt für die Einrichtung von Ladestationen entfallen? 5. Wann erhalten die Stadtverordneten das Ladestationenprogramm?
<p>Nr. 179</p>	<p>Anita Hebenstreit SPD</p> <p>Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In der „Hessenschau“ vom 28.01.2019 wurde über das Thema Wohnen auf dem Supermarkt“ berichtet und die Situation in hessischen Städten beleuchtet. Im Frankfurter Gallusviertel wird eine solche Maßnahme umgesetzt werden. In Kassel denkt man darüber nach. Für Wiesbaden hieß es, dass über einem Supermarkt ebenfalls eine derartige Bebauung vorgesehen ist. Eine Erhebung erbrachte, dass in Wiesbaden 40 Märkte geeignet wären, jedoch eine nähere Prüfung bisher noch nicht erfolgt ist.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Um welchen Supermarkt in Wiesbaden handelt es sich und wer ist der Bauträger? 2. Um wie viele Wohnungen handelt es sich tatsächlich und welchen Zuschnitt haben die Wohnungen (Größe der Wohnung, Anzahl der Zimmer, soziale Förderung usw.)? 3. Ist es zutreffend, was in der Sendung bezüglich der 40 Märkte berichtet wurde?

		<p>4. Inwieweit hat man seitens des zuständigen Dezernates dieses Thema mit den betroffenen Ortsbeiräten kommuniziert?</p> <p>5. Falls es Hinderungsgründe gibt, welcher Art sind diese?</p>
Nr. 180	<p>Monika Becht FW/BLW</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Am 11.01.2019 gab es eine Bombendrohung im Justizzentrum in der Mainzer Straße. Wie ernst diese Drohung genommen wurde, zeigte die vollständige Evakuierung des Gebäudes und die sechsstündigen Absperrung.</p> <p>Den Ausführungen von Mitarbeiterinnen der Stadt Wiesbaden im Standort Konradinerallee 11 zufolge, wurden die städtischen Bediensteten nicht ausreichend über die Lage informiert und auch nicht evakuiert.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Trifft es zu, dass an diesem Tag keine Evakuierung der städtischen Bediensteten in der Konradinerallee stattgefunden hat? Wenn ja, warum nicht? 2. Welche Maßnahmen werden bei Bombendrohungen o.ä. gegenüber öff. Einrichtungen der Stadt Wiesbaden getroffen - gibt es dafür spezielle Richt- oder Leitlinien? 3. Wie werden städtische Mitarbeiterinnen in einem solchen Fall informiert? 4. Wie bewertet der Magistrat die Vorkommnisse in der Mainzer Str. und in der Konradinerallee am 11.01.2019 aus Sicht der Mitarbeiterfürsorge?
Nr. 181	<p>Hartmut Bohrer L&P</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>In der Diskussion um die Sanierung des seit zwei Jahren geschlossenen Kulturdenkmals Walhalla wurde verschiedentlich geäußert, für Gebäude-Gutachten sei in den letzten Jahren bereits eine Million € ausgegeben worden.</p> <p>Ich frage den Magistrat: An wen wurden bislang Aufträge für Gutachten vergeben und wieviel haben die einzelnen Gutachten gekostet? Welche weiteren Schritte sind für wann geplant, um endlich zu einer Sanierung und einer erneuten kulturellen Nutzung des Walhalla-Theaters zu kommen?</p>
Nr. 182	<p>Mechthilde Coignè L&P</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Anfang November 2018 antwortete der Magistrat auf meine Frage, wann mit der Einrichtung von Fahrradverleihstationen in den großen Wohngebieten "Im Sampel", Krautgärten, Am Königsfloß und Zelterstraße zu rechnen ist, wie folgt: Nach Kenntnisstand plane die MVGmeinRad Anfang 2019 mit Standorten in AKK in die Standortkoordination einzusteigen.</p>

		<p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Wie ist der Sachstand der Standortkoordination? Welche Standorte sind für wann geplant? Wann werden die geplanten Standorte im Ortsbeirat öffentlich vorgestellt?</p>
Nr. 154	<p>Sarah Weinerth CDU</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Die Grünanlage „Warmer Damm“ ist aufgrund ihrer zentralen Lage ein beliebter Erholungsort für die Bürgerinnen und Bürger Wiesbadens aber auch für die zahlreichen Touristen, die gerne um den Weiher herum verweilen. Mindestens seit den Frühlingsmonaten befindet sich die unmittelbar an den Weiher angrenzende Wiese, die eher einer ausgetrockneten Schlammgrube als einer Wiese ähnelt, bedauerlicherweise in einem beklagenswerten Zustand. Auch die Flächen in Richtung Villa Clementine bzw. IHK zeigen schon erste kahle Stellen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ist vorgesehen, die Wiese um den Weiher herum wieder instand zu setzen, damit sie im kommenden Sommer ohne kahle Stellen zur Verfügung steht? 2. Warum wurde bis heute nichts gegen den unzumutbaren Zustand der „Weiherwiese“ unternommen? 3. Was wird unternommen, um den anderen Flächen das derzeitige Schicksal der besagten „Weiherwiese“ zu ersparen?
Nr. 184	<p>Dr. Klaus Lork AfD</p> <p>Dez. V i.V.m. Dez. IV z.w.V.</p>	<p>In der Sitzungsvorlage (18-V-05-0023) zur „Bereitstellung der Infrastruktur für den emissionsfreien ÖPNV“ ist ein Verlust von Umsatzerlösen für die Stadt in Höhe von 141.546 € durch den Wegfall von insgesamt 80 Parkplätzen an der Salzbachau ausgewiesen.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gibt es Hinweise darauf, dass der Wegfall der genannten 80 Parkplätze Auswirkungen auf den städtischen Haushalt hat, die über das Defizit von 141.546 € hinausgehen? 2. Wenn ja, um welche Summe handelt es sich insgesamt? 3. Wenn das Gesamtdefizit größer sein sollte als in der Sitzungsvorlage ausgewiesen - auf welche Weise wird sichergestellt, dass der Steuerzahler nicht doch auf direkte oder indirekte Weise für das gesamte Defizit aufkommen wird?
Nr. 150	<p>Thomas Preinl LKR&ULW</p> <p>Dez. VI z.w.V. jetzt Dez. III z.w.V.</p>	<p>Bei der Präsentation des Haushaltes 2018/19 wurde eine Präsentation des Schuldenstandes der LHW für die Jahre 2011 bis 2019 vorgelegt. Dieser Präsentation ist zu entnehmen, dass die Gesamtverschuldung von 2011 von 369,4 M € auf einen Stand von 359,9 M € in 2017 leicht absinkt.</p>

		<p>Trotz der guten Konjunkturlage soll aber der Gesamtschuldenstand in den Haushaltsjahren 2018/19 von 382,6 M € auf 397,9 M € stark anwachsen.</p> <p>1.) Wieso wird trotz Rekordeinnahmen ein steigender Gesamtschuldenstand durch den Magistrat geplant beziehungsweise hingenommen und wie wird dieses Vorgehen begründet?</p> <p>2.) Beabsichtigt der Magistrat zur Entlastung der kommenden Generationen den Gesamtschuldenstand mittelfristig abzubauen? a) Wenn ja - durch welche konkreten (Einspar-)Maßnahmen soll dies sichergestellt werden? b) Wenn nein - wie erklärt der Magistrat den künftigen Generationen von Wiesbadnern, dass trotz sehr guter Konjunkturlage ein stetig wachsender Schuldenberg hinterlassen wird?</p>
Nr. 168	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. V z.w.V.</p>	<p>Am 6. August 2018 sprach Herr Prof. Zemlin auf der Veranstaltung „City-Bahn - Chancen und Risiken für die Wirtschaft“ der IHK Wiesbaden von den wirtschaftlichen Vorteilen, welche durch den Bau und Betrieb der City-Bahn entstünden. Demnach würden rund 400 bis 500 Millionen EUR direkt in die Region fließen und die City-Bahn „Traffic“ generiert. Zudem Sorge die Bahn für „mehr Kunden in der City“, „mehr Studierende“, „mehr Talente“ und „mehr Umsatz für Gastronomie“.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>1. Werden die Aufträge in Zusammenhang mit der Planung und dem Bau der City-Bahn europaweit ausgeschrieben?</p> <p>2. Macht sich der Magistrat die Aussagen von Herrn Prof. Zemlin zu eigen und wenn ja, auf welcher Grundlage (Daten/Schätzungen)?</p>
Nr. 187	<p>Alexander Winkelmann FDP</p> <p>Dez. I z.w.V.</p>	<p>Die Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit ist eine der wichtigsten Sportstätten in der Landeshauptstadt Wiesbaden. Neben den regelmäßigen Ligaspielen des VC Wiesbaden finden in der Halle auch viele andere Sportveranstaltungen von überregionaler Bedeutung statt. So beispielsweise der Wiesbadener Liliencup und das Bundesligafinale Bogen am 23.02.2019. Die Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit erfüllt damit auch Repräsentationszwecke. Bei den letzten Besuchen der Halle fiel auf, dass die beiden Treppenaufgänge zum Besuchereingang oft stark vermoost oder verschmutzt waren, was für eine angemessene Repräsentation von Wiesbaden eher kontraproduktiv ist.</p> <p>Ich frage daher den Magistrat:</p> <p>1. Wer ist für die Reinigung der Treppenaufgänge an der Halle am Platz der deutschen Einheit zuständig? 2. In welchem Intervall werden die Treppenaufgänge gereinigt?</p>

		3. Sind weitere Verbesserungen zum Erreichen von mehr Sauberkeit an der Sporthalle am Platz der Deutschen Einheit geplant?
Nr. 188	Jörg Sobek L&P Dez. I z.w.V.	<p>Auf den Hinweis unserer Fraktion an die Feuerwehr, dass in dem von der SEG vermieteten, von der Stadt gemieteten und von über 200 Menschen bewohnten Bürohochhaus in der Hans-Bredow-Straße keine Feuerlöscher frei zugänglich sind, erklärte der zuständige Dezernent, OB Gerich, dass bei diesem Objekt im Brandfalle der Schwerpunkt auf Räumung und nicht auf Brandlöschung durch Personen vor Ort liege.</p> <p>Ist es rechtlich zulässig, dass in einem solchen Bürohochhaus - mit engen Fluren und eng belegten Räumen - Feuerlöscher für die dort Wohnenden nicht zugänglich, sondern in Wandschränken verschlossen sind?</p> <p>Was waren die konkreten Gründe, dass die so genannte "Gemeinschaftsunterkunft Mainzer Straße" geschlossen wurde? Warum wurden Brandschutzmängel dort erst zum Jahreswechsel 2018/19 festgestellt, obwohl das Gebäude schon seit vielen Jahren von der Stadt als Flüchtlingsunterkunft genutzt wird?</p> <p>Wie beurteilt der Magistrat die Situation beim vorbeugenden Brandschutz der städtischen Feuerwehr?</p>
Nr. 189	Brigitte Forßbohm L&P Dez. II z.w.V.	<p>Die Hygieia-Gruppe ist eine Marmorgruppe des Bildhauers Karl Hoffmann (1816-1872), die die griechische Göttin Hygieia mit zwei Kindern darstellt. Sie wurde 1850 auf Initiative Wiesbadener Bürger als erste Skulptur im öffentlichen Raum in Wiesbaden aufgestellt. Sie befindet sich zur Zeit in der Brunnenkolonnade und ist mit einer Farbschicht bedeckt.</p> <p>Ich frage den Magistrat:</p> <p>Um was für eine Farbschicht handelt es sich? In wessen Auftrag ist die Skulptur übermalt worden? Wann wird die Skulptur wieder hergestellt? Was wird die Wiederherstellung der Oberfläche kosten? Wer wird die Kosten für die Wiederherstellung der Oberfläche tragen? Wie und wo kann die Skulptur der Öffentlichkeit nach Restauration wieder zugänglich gemacht werden?</p>